

Zeitschrift für Genozidforschung

Zeitschrift des Instituts für Diaspora- und Genozidforschung an der Ruhr-Universität Bochum

Herausgeber

Prof. Dr. Mihran Dabag, Dr. Kristin Platt
in Verbindung mit dem Kuratorium des Instituts:
Prof. Dr. Wilhelm Bleek, Prof. Dr. Lucian
Hölscher, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Knut Ipsen,
Dr. Hans-Henning Pistor, Prof. Dr. Bernhard
Waldenfels

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Aleida Assmann, Konstanz
Prof. Dr. Jan Assmann, Heidelberg
Prof. Dr. Zygmunt Bauman, Leeds
Prof. Dr. Krikor Beledian, Paris
Prof. Dr. Micha Brumlik, Frankfurt
Prof. Dr. Norbert Frei, Jena
Prof. Dr. Dr. Knut Ipsen, Bochum
Prof. Dr. Uwe-K. Ketelsen, Bochum
Prof. Dr. Ben Kiernan, Yale/New Haven
Prof. Dr. Peter Longerich, London
Prof. Dr. Otto Luchterhandt, Hamburg
Prof. Dr. Dan Michman, Jerusalem
Prof. Dr. Jörn Rüsen, Essen
Prof. Dr. Dieter Senghaas, Bremen
Prof. Dr. Ervin Staub, Amherst
Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer, Münster

Redaktion

Dr. Medardus Brehl (verantwortl.)
Dr. Kristin Platt, Birgit Doleschal

Institut für Diaspora- und Genozidforschung
an der Ruhr-Universität Bochum
D-44780 Bochum, Tel.: 0234/ 32 29702
Fax: 32 14770, idg@ruhr-uni-bochum.de

ISSN 1438-8332

Strukturen, Folgen, Gegenwart
kollektiver Gewalt

Erscheinungsweise

Die Zeitschrift für Genozidforschung erscheint halbjährlich mit einem Jahresumfang von circa 300 Seiten.
Der Jahresbezugspreis beträgt 40,90 Euro, für Studierende 33,90 Euro. Das Einzelheft kostet 24,00 Euro, incl. MwSt, zzgl. Versandkosten.
Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht drei Monate vor Ablauf gekündigt wird. Bestellungen bitte an den Buchhandel oder direkt an den Verlag.

Die Einzelbeiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der photomechanischen Wiedergabe, der Weiterverarbeitung in Mikrofilm oder elektronischen Datenverarbeitungsanlagen sowie der Übersetzung vorbehalten.

Einsendung von Manuskripten

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten (in zweifacher Ausfertigung und Diskette) ein. Über die Veröffentlichung entscheidet ein peer-review Verfahren. Unaufgefordert eingesandte Bücher und Manuskripte können leider nicht zurückgesandt werden.

Gestaltung

Entwurf: Wilfried Gandras, Hamburg
Gestaltung: Laura Wiederhold, Berlin
Grafik des Einbands: Assadour,
Deux constructions polychromes, 1999/2003,
Öl auf Leinwand, 81 x 100 cm

Gesamtherstellung: Ferdinand Schöningh

Wilhelm Fink / Ferdinand Schöningh

Editorial

Im Gegensatz zum Ende des Ost-West-Konflikts, zum Ende des Kalten Krieges und des Endes der Sowjetunion hat der Genozid in Ruanda das internationale System nicht grundlegend verändert. Doch gehört der Völkermord in Ruanda inzwischen, ganz im Gegensatz zum Völkermord in Darfur, wenigstens fest in die politischen Diskurse. Der letztere wird hingegen zumeist unter eine generalisierende Rede von der Aggressionspolitik des Regimes in Khartoum und seinen regelmäßigen Menschenrechtsverletzungen subsumiert. Trotzdem werfen beide Ereigniskomplexe staatlicher Gewaltpolitik heute ähnliche und dazu höchst aktuelle Fragen an Forschung und Politik auf. So lassen sie sich zweifellos als repräsentative Ereignisse für die Entschlossenheit fundamentalistischer Ideologien lesen; sie zeigen die Wichtigkeit, die Organisiertheit staatlicher Verfolgung zu untersuchen; lenken den Blick auf die Narrative von Nationalismen; fragen nach einer Politik der Erinnerung und Versöhnung; zeigen die Entwurzelung großer Bevölkerungsgruppen; fordern nicht zuletzt dazu auf, hinter der »Flüchtlingskrise« eine Vielzahl verschiedener Motive zu erkennen.

Trotzdem widmen sich die Beiträge des vorliegenden Bandes zunächst nicht solchen übergreifenden Aspekten, um mit ihren Ergebnissen dazu beizutragen, die Strukturen der aktuellen »Konfliktlandschaften« zu verstehen. Vielmehr sind die Studien bestrebt, über genaue Analysen einzelner nationaler Diskurse, der

Akteure, Politikformen und Gewaltmuster, die Defizite unseres Wissens in Bezug auf beide Völkermord deutlich zu machen.

Dabei lassen die Beiträge aber durchaus die Frage zu, ob nicht in der heutigen Konzentration auf die Risiken nicht-staatlicher Gewaltpotentiale, »asymmetrischer« Kriege, terroristischer Milizen oder gewaltvoller Separatismen, die Modi staatlich organisierter Politik der Verfolgung und Gewalt wenigstens viel zu spät erkannt und geahndet werden. Tatsächlich decken die Studien auf, dass es Jahre nach der Verabschiedung der »Responsibility to Protect« als Aufgabe aller Staaten, zivile Bevölkerungen in bewaffneten Konflikten zu schützen, gerade noch einmal durch den Genozid in Darfur höchst deutlich geworden ist, dass für die Früh-erkennung und Vorbeugung von Genoziden doch noch andere politische Strategien entwickelt werden müssen.

Christian Dorsch und Thomas Dörfler untersuchen in ihrem Beitrag Organized Hypocrisy of the International Community: An Institutionalist Explanation of the UN Security Council's Contradictory Activity on Darfur die Entscheidungen des UN Sicherheitsrats während des Darfur-Konflikts und entwickeln ein herausforderndes Analysekonzept: »organisierte Heuchelei«. Dass es sich in dieser ganz eigenen Diskursform, der man eine Institutionalisierung nachweisen kann, um einen »Konfliktregelungsmechanismus« handeln könnte, bestreiten sie nachdrücklich. Hingegen zeigen sie in dieser »organisierten Heuchelei«, dass die Rede von dem Ziel der Konfliktvermittlung selbst ein legitimatorisches Muster darstellt.

Ähnlich legitimatorische Funktionen lassen sich auch in den politischen und wissenschaftli-

chen Anstrengungen erkennen, den Darfur-Konflikt unter den Horizont weltweiter Klimakonflikte einzuordnen. Philipp Kuntz geht in seiner, die Positionen nachhaltig konfrontierenden Studie Darfur als Klimakrieg aber nicht allein der Frage nach, wie das Argument des Klimakrieges aufgebaut ist. Er analysiert, dass dieses Muster auch die politische Wahrnehmung bestimmt – wesentliche Strukturcharakteristika der Gewaltpolitik gegen Land und Bevölkerung Darfurs übersehend.

Joachim Savelsberg stellt in seiner Untersuchung Representing Mass Violence in Darfur: Global, National and Field Factors Ergebnisse aus einer langfristigen empirischen Studie zur Repräsentation des Darfur-Konflikts in der internationalen Presse vor. Bemerkenswert ist zum Beispiel, dass Problematisierungen zu einem Für und Wider einer Intervention nur während eines relativ kurzen Zeitraums einen erkennbaren Raum in der international publizierten Öffentlichkeit beanspruchten. Mit den für den Beitrag ausgewählten Ergebnissen der vielschichtigen Studie wird nicht zuletzt ein hochinteressantes und bisher nicht betrachtetes Wechselverhältnis von humanitärer Politik und Öffentlichkeit deutlich.

Allen drei Beiträgen gelingt es, über eine multifaktorielle Betrachtung des Darfur-Konflikts ein jeweils anderes Feld internationaler Politik zu beleuchten und damit Funktionen der internationalen Konfliktregelung auf neue Weise sichtbar zu machen.

Die Beiträge zum Völkermord in Ruanda integrieren in ihren Problematisierungen indessen auch einen Blick auf die in den letzten Jahren institutionalisierten Erinnerungsstrategien. Bemerkenswert ist, dass durch die institu-

tionalisierten Formen nationaler und internationaler Gedächtnispolitik die unmittelbaren Herausforderungen des Genozids nicht aufgelöst worden sind. Zum Teil haben diese vielleicht eine Transformation erfahren – für die ruandische Gesellschaft und die Opfer der Gewalt stellen sich jedoch noch immer kaum lösbare Aufgaben der Erinnerung, Verarbeitung und Identitätsfindung.

Erika Dahlmanns problematisiert in ihrem Beitrag Neue Gemeinschaft, alte Tradition: Der Intore-Krieger als Symbolfigur des neuen Menschen und die Gestaltung der nationalen Zukunft im staatlichen Entwicklungsprogramm Itorero ry'Igihugu in Ruanda das 2007 eingeführte »Leitkultur«-Programm der ruandischen Regierung. Ihr Beitrag stellt dabei nicht die Frage, ob es diesem Programm gelingt, eine Brücke über die Wunden der Nachgenozid-Gesellschaft zu bauen. Sie fragt hingegen nach den nationalen Bildern, die diesem Programm zugrundeliegen, und fächert mit Genauigkeit und unnachgiebiger Kritik die einzelnen Narrative auf.

Auch Esther Denzinger erörtert in der Studie »We don't share the same truth«: Gelebte Erinnerungen und die Politik des Trauerns in Ruanda nach 1994 die nationalen Erinnerungsnarrative Ruandas. Welche Räume gibt es überhaupt für Frauen, ihre Erfahrungen zu berichten und zu bearbeiten? Welche Räume gibt es, ihre Erfahrungen überhaupt zu sichern? Die Studie zeichnet unveröhnliche Differenzen nach zwischen offizieller Erinnerungspolitik und der schwierigen Versuche der Überlebenden, Stigmatisierungen, Tabuisierungen und Traumata in ihr Leben zu integrieren.

Sandra Windolph arbeitet in ihrem Beitrag »Geht ins Ohr – bleibt im Kopf?« – Kritische Anmerkung zur Forschungsdebatte über die Rolle und Funktion des Radiosenders RTLm im ruandischen Völkermord 1994 die Debatte um die Bedeutung des Radios im Genozid in Ruanda auf. In der Konfrontation medienwissenschaftlicher Ansätze wird deutlich, wie schwierig es in der Forschung über staatliche Verfolgungen und Gewalt noch immer ist, die unterschiedlichen Ebenen der Verantwortung zusammenzulesen.

»Nach« dem Völkermord in Ruanda, »nach« dem Völkermord in Darfur, zeigt sich, dass Aufarbeitungen juristische und psychologische, ökonomische und soziale, administrative und bildungsbezogene Belange betreffen, nationale und internationale Diskussionen zu führen sind, öffentliche und private Diskursveränderungen gefordert sind – die Herausforderungen sind nicht abgeschlossen und werden nicht abgeschlossen sein, wo auch diese beiden Genozide Brüche im nationalen, aber auch im internationalen System hinterlassen haben.